Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 15. November 1880. Nr. 536.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 13. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $11^{1}/_{4}$ Uhr.

Am Ministertisch: Bitter, Maybach und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.

Erster Redner gegen den Etat ist der

Abg. Rickert (Danzig): Redner erklärt sich zunächst mit der von dem Abg. von Heyden vorgeschlagenen geschäftlichen Behandlung des Etats einverstanden. Einer besonderen Kommission für den Eisenbahnetat würde er indeß nicht zustimmen können. Herrn von Heyden erwidert Redner, es sei doch eigenthümlich, daß die Herren Konservativen hier nichts von Volksversammlungen wissen wollen. Die Regierung behaupte, sie folge dem Volkswillen, und die Herren Konservativen wollen davon nichts wissen. Redner hebt weiter hervor, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" heute von der Richter'schen Rede nur einen kurzen Auszug, von der Heyden'schen Rede aber $5^{1}/_{2}$ Spalten bringe, während doch die Rede des Herrn Richter dreimal so lange gedauert habe. In dieser Weise würden die konservativen Leser im Lande auf dem Laufenden erhalten von den Vorgängen im Landtage; das nennt man „wahrheitsgetreu unterrichtet." (Lachen rechts.) Er (Redner) halte es nicht für konservativ, den Minister Camphausen jetzt zu verunglimpfen und zu behaupten, Herr Camphausen sei Schuld daran, daß die Millionen verschwunden seien; Herr Camphausen habe den Aktienschwindel verschuldet. Am Ministertische säßen Männer, welche mit Camphausen gemeinschaftlich die Maßregeln, die getroffen wurden, in's Leben gerufen haben. Die Milliarden seien einfach im Kriegsministerium verschwunden. Herr Camphausen sei nicht Reichsminister gewesen. Herr von Heyden sollte doch die Zahlen kennen, wenn er hier als Volksvertreter sprechen wolle. An Preußen seien von den Milliarden überhaupt nur 133 Millionen Thaler überwiesen worden. Dieselben seien zum größten Theil in den Eisenbahnen verbraucht und die Konservativen hätten den Vorschlägen der Regierung zugestimmt. Unter der Verwaltung des Finanzministers Camphausen seien 35 Millionen an Steuern, 4 Millionen Chausseegelder, 9 Millionen Klassensteuer erlassen; die Provinzen seien mit 11 Millionen Mark dotirt. Wie steht dem gegenüber der jetzige Steuererlaß von 14 Millionen aus? Herr Camphausen solle den Aktienschwindel verschuldet haben und doch war Herr Camphausen, wie allgemein bekannt, mehr wie jeder andere Finanzminister den Angriffen der Börse ausgesetzt. Unter dem Finanzminister Camphausen hätte die Börse niemals das Geschäft gemacht, wie jetzt bei der Eisenbahn-Verstaatlichung unter dem Ministerium Bitter; er hätte die Hand darauf gehalten. (Sehr wahr! links.) Er wolle Herrn Camphausen nicht weiter vertheidigen, er dürfe erwarten, daß derselbe im Herrenhause diese Angriffe selbst zurückweisen werde. Was aber den jetzigen Finanzminister anlange, so wünsche er dem Herrn Bitter solche Freunde dann, wenn er nicht mehr Minister sein werde (Heiterkeit), aber er bezweifele, daß die Freunde dann noch hier im Hause zu finden sein werden. Auf die neue Wirthschaftspolitik eingehend, sucht Redner aus den Zahlen über die Ein- und Ausfuhr nachzuweisen, daß ein Rückgang in der Geschäftslage thatsächlich eingetreten sei. Herr von Heyden scheine diese Zahlen nicht gekannt zu haben. (Nein! Große Heiterkeit.) Nun, dann kann man mit Ihnen (zur Rechten) auch gar nicht diskutiren. Herr von Heyden behauptet, daß sich die Verhältnisse allmälig zu bessern anfingen. Ja, die Verhältnisse hätten sich gebessert, wenn der Herr Reichskanzler nicht mit rauher Hand hineingegriffen hätte. Wir wären dann vielleicht aus der Defizitwirthschaft längst heraus. (Zustimmung links.) Redner wendet sich zu der Rede des Herrn Finanzministers, an den er die Frage richtet, ob ihm bei diesem Finanzgebahren gar nicht bange werde? Ein Krieg, eine wirthschaftliche Kalamität würde die größten Gefahren heraufbeschwören. So gut, wie Sie 30 Millionen borgen, um einen Steuererlaß von 14 Millionen zu bewilligen, ebenso gut können Sie mehr borgen, um den Steuerzahlern ein Vergnügen zu bereiten. Fürchten Sie denn nicht das Erwachen der breiten Schichten der Bevölkerung, von der Herr von Heyden gesprochen? Die Säulen des Staates würden dabei schwerlich an Festigkeit gewinnen. Mit Verwunderung habe er vernommen, daß Herr Finanzminister Bitter das Extraordinarium ganz verschwinden lassen wolle. Aber wo soll es denn bleiben? Werden wir in den nächsten Jahren keine Schulhäuser bauen, keine Flüsse reguliren, keine Häfen anlegen? Und das soll eine altpreußische Finanzwirthschaft sein! Ich muß wohl zu naiv oder zu dumm sein, um das noch zu verstehen. In der alten Schule war es Sitte, daß 5 Prozent der dauernden Ausgaben auf die einmaligen kamen, um den Werth der Staatsgebäude und Staatseinrichtungen zu erhalten. Jetzt soll das Extraordinarium ganz verschwinden. Im Etat selbst sehen wir die Beamten jetzt fortwährend wachsen. Der Minister will die direkten Steuern verschwinden lassen und doch verlangt er einen neuen vortragenden Rath für die Verwaltung der direkten Steuern. Was soll denn der vortragende Rath? (Heiterkeit.) Infolge der neuen Verwaltungsgesetze wird nicht ein einziger Rath weniger gefordert; im Gegentheil, es wurden 400,000 Mark mehr verlangt für Ruhegehalte 2c. Vom Kultusetat lasse sich wenig sagen. Hoffentlich werde der Kultusminister Veranlassung nehmen, die im vorigen Jahre gemachten Angriffe gegen die Lehrer zu beweisen oder zurückzunehmen. Es sei unwahr, daß der Lehrerstand in moralischer Beziehung zurückgegangen sei. Daß die Pensionen der Lehrer auch jetzt noch nicht erhöht, sei geradezu unerhört. Auf den Eisenbahnetat will der Redner demnächst eingehen. Was die Steuerreform anlange, so verspüre er (Redner) überhaupt keine Lust, dem Herrn Finanzminister neue Steuern zu bewilligen. Herr Bitter berechne diese neuen Steuern auf 110 Millionen; er (Redner) rechne aber höchstens 63 Millionen heraus. Sollen denn etwa die noch fehlenden 47 Millionen aus der Tabaksteuer entnommen werden? Das wäre doch ein Problem, das auch Herr Bitter nicht zu lösen im Stande sein dürfte. Und bedürfe denn die Tabaksindustrie nicht des Schutzes der nationalen Arbeit? Herr Bitter möge doch einmal klar darlegen, woher diese 110 Millionen genommen werden sollen. Das Ziel der Steuerreform sei die Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen. Wer soll denn nun die Vertheilung der den Kreisen überwiesenen Fonds übernehmen? Etwa die Kreistage? Das würde ein schönes Geschäft werden! (Heiterkeit.) Der Effekt dieses Steuererlasses würde ein kläglicher sein! Redner berechnet den Erlaß an Grund- und Gebäudesteuer für sein Gut im Neustädter Kreise, von dem er jetzt 444 Mark zu zahlen habe, auf 31 Mark; es könne ein Jeder selbst berechnen, wie viel er von der Steuerreform an Steuererlässen zu erwarten habe. — Redner kommt zum Schluß. Er erkennt die großen Verdienste des Herrn Reichskanzlers unumwunden an, aber die Pflichten eines Volksvertreters gingen über die Dankbarkeit hinaus. Wenn an dieser Stelle nicht mehr das freimüthige Wort Ausdruck finden solle, wo solle es denn zum Ausdruck kommen! Die Organisation unserer Behörden sei erschüttert; die gesinnungstüchtige Bureaukratie, welche einst den preußischen Staat vorzüglich geleitet, sei zum Schweigen verurtheilt, ihr Widerstand sei gebrochen. Und wenn einmal ein Widerstand hervortritt, dann sehe man die Herren nicht mehr auf der Ministerbank, sondern unter uns. Wo solle das freie Wort noch einen Ausdruck finden? Er könne die Herren am Regierungstisch nur dringend bitten, daß sie von diesem verderblichen Wege Abstand nehmen und wieder zu den altbewährten Grundsätzen der preußischen Finanzpolitik zurückkehren mögen. Wohin sollen diese Versprechungen führen? Es habe sich herausgestellt, daß das, was versprochen worden, noch niemals erfüllt worden ist. Wollen wir uns in Versprechungen überbieten? Ich sage Ihnen, diese Politik wird die gemäßigten Elemente im Lande zurückschrecken, sie werden sich von Ihrer Politik mit Ekel abwenden. Worauf will sich denn die Regierung stützen, wenn nicht in den breiten Schichten der gebildeten Bürgerschaft? Wollen Sie, daß wir den Wettkampf annehmen? Glauben Sie mir, wenn Sie uns zwingen, in die Massen des Volkes zu gehen, um Versprechungen gegen Versprechungen zu machen, wir sind Ihnen darin über, denn wir haben keine Verantwortlichkeit wie Sie. Lassen Sie ab von den Versprechungen, denken Sie einmal an Entlastungen für die schweren Opfer, welche Sie dem Volke auferlegen. Wenn diese Verwaltungsmethode noch 3 bis 4 Jahre fortdauert, dann wird, ebenso wie die Widerstandskraft der Bureaukratie, dann auch die Widerstandskraft des gebildeten Bürgerstandes gebrochen sein und dann wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie lediglich den Radikalen beider Richtungen überlassen bleiben. Nach Jahren werden dann die Radikalen das Heft in Händen haben zum großen Schaden der Konservativen. Also noch einmal: Umkehr, so lange es Zeit ist! (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz behauptet, daß der Steuererlaß nothwendig sei. Altpreußische Tradition sei es, die Schwachen zu unterstützen. Die Liberalen seien nur freigiebig, wenn es sich um populäre Ausgaben handele, wenn aber die Deckung nothwendiger Ausgaben gefordert werde, dann seien die Liberalen nicht zu Hause. Dem Gedanken des Abg. Richter, daß der Steuererlaß von 14 Millionen ein dauernder sein müsse, stehe er sympathisch gegenüber; aber dieser Gedanke bedinge nicht, daß schon jetzt ein solches Gesetz erlassen werde, sondern daß dieses Gesetz einen Theil der Steuerreform bilde. Redner erklärt sich für erhöhte Börsensteuer nach dem Antrage des Abg. v. W.dell-Malchow und ebenso für erhöhte Tabaksteuer, um die Steuerreform durchzuführen.

Finanzminister Bitter: Die Regierung beabsichtigt mit dem Steuererlaß von 14 Millionen keine politische Agitation, sondern sie hält diese Frage für eine solche, die nach ihrer pflichtmäßigen, gewissenhaften Ueberzeugung einmal zum Austrage gebracht werden muß. Er muß sich jedoch entsagen, auf diese Frage schon näher einzugehen, denn es würde dieses zu weit führen. Die Sache werde sich erledigen, wenn die Vorlage der Regierung dem Hause vorliegen werde. Nur Eines möchte er bemerken, daß, wenn Herr Richter es auffallend gefunden, daß in dem stenographischen Berichte die „110 Millionen" fehlen, von welchen er (der Minister) gesprochen, dies seine Erklärung darin finde, daß diese Zahl nur auf eine im Laufe der Rede von Herrn Rickert hingeworfene Bemerkung genannt wurde. Was sodann die von dem Abg. Richter angezweifelte Homogenität des Ministeriums anlange, so müsse er für seine Person die Art und Weise, wie Herr Richter diejenigen Männer, welche die Geschäfte des Landes führen, dem Gelächter des Hauses preiszugeben versucht, entschieden zurückweisen (Zustimmung rechts.) Herr Richter habe ferner ihm (dem Minister) vorgeworfen, daß er die Zahlen des Etats nicht kenne. Auch diese Behauptung müsse er zurückweisen, er kenne den Etat in allen seinen Einzelnheiten und sei bereit, die darin enthaltenen Zahlen zu vertreten. Herr Richter behauptet dann ferner, daß unsere gesammte Finanzlage, unsere wirthschaftlichen Verhältnisse auf einer schiefen Ebene, daß sie im Rückgange begriffen seien. Er (der Minister) verbleibt dabei, daß eine Wendung zum Besseren in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen eingetreten, daß eine Besserung in der That erkennbar sei. Bei dem Besuche der Düsseldorfer Ausstellung sei ihm von verschiedenen Industriellen die Erklärung abgegeben worden, daß seit dem Jahre 1879 eine wesentliche, sehr bemerkbare Besserung eingetreten sei, und daß kein Grund vorliege, diese Besserung irgend wie in Zweifel zu ziehen. Wenn dies der Fall, so müsse dies selbstverständlich auch auf den Gang der Finanzen seine Einwirkung haben. Also die Besserung ist vorhanden und sie kündigt sich auch im Etat an. Herr Richter habe behauptet, es seien von der Regierung Versprechungen gemacht worden und die Regierung suche sich diesen Versprechungen zu entziehen. Er frage, wo auch nur ein entfernter Grund zu finden sei, daß die Regierung sich einer eingegangenen Verpflichtung entziehen wolle. Die Regierung habe in vollkommen loyaler Weise das Verwendungsgesetz zur Ausführung bringen wollen, nicht, weil die Bevölkerung ein bestimmtes Recht, sondern nur einen moralischen Anspruch auf diesen Erlaß hat. Daß die Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung gehandelt, sei vollkommen unrichtig, der Steuererlaß habe vielmehr ein allgemeines Staunen im Lande hervorgerufen. Was den Richter'schen Gesetzentwurf anlange, so bewege dessen grundsätzlicher Inhalt sich auf demselben Boden, auf welchen sich die Regierung gestellt hat. Die Regierung stehe dem Richter'schen Antrage nicht so diametral entgegen, wie Herr Richter vielleicht glauben möge. Die Regierung glaube, daß sie auch in den nächsten Jahren die Mittel haben werde, den Steuererlaß zu bewilligen. Daraus folge aber nicht, daß die Regierung sich binden lassen könne für alle Fälle. Die Verhältnisse seien geordnet durch das Verwendungsgesetz, nach welchem der Erlaß an Steuern entsprechend den finanziellen Mitteln erfolgen solle. Der Richtersche Gesetzentwurf würde ferner dem Steuerreformplan in einer sehr bestimmten Weise vorgreifen und würde bei Annahme desselben dieser Reformplan modifizirt werden müssen. Da der Antrag Richter der Budgetkommission überwiesen werden solle, so werde die Regierung auch Gelegenheit finden, Stellung zu demselben zu nehmen. Der Minister weist dann zum Schluß noch einige ihm persönlich gemachte Vorwürfe zurück und bemerkt, daß, obgleich der „Börsen-Courier" ihm den Abschied bereits in nahe Aussicht stellt, im Augenblick für ihn dennoch kein Grund vorliege, seine Entlassung nachzusuchen. Auch sei er sich nicht bewußt, bei der Verwaltung der Finanzen die altpreußischen Grundsätze verlassen zu haben. Er hoffe, daß, wenn er einst aus dem Dienst scheiden werde, ihm das Land die Anerkennung nicht versagen werde, die Finanzen des Landes im altpreußischen Sinne im Interesse des Staates verwaltet zu haben. (Beifall rechts.)

Minister Maybach erklärt, daß, wenn der frühere Finanzminister Camphausen sich durch irgend Etwas den Dank des Landes erworben habe, dies dadurch geschehen sei, daß er die Milliarden zum Bau von Eisenbahnen, also direkt zum Nutzen des Landes, verwendet habe. Diese Eisenbahnen tragen jetzt dazu bei, die Steuerkraft des Landes zu heben und zu bessern. Er bittet das Haus dringend, den Etat recht eingehend zu prüfen; es werde sich zeigen, daß er keineswegs zu rosig gemalt, daß die Einstellung eine vollkommen richtige gewesen. Was die Unfälle auf den Eisenbahnen anlange, so bedauere er dieselben ebenso wie jeder Andere, aber bei näherer Prüfung werde man finden, daß das Verhältniß zwischen Staats- und Privatbahnen ein ziemlich gleiches ist. Aber er gebe zu, daß der Staat jetzt verhältnißmäßig ungünstiger steht. Es liege das weder an dem Personal, noch an den Vorschriften, noch an dem Material, es liege an der Verletzung positiver Vorschriften, die leicht zu befolgen gewesen wären. Auch könne er nicht anerkennen, daß das Personal zu sehr angestrengt würde, und er könne nur erklären, daß, wenn vorschriftswidrige Anstrengungen des Beamtenpersonals zu seiner Kenntniß gelangen, er sofort Remedur schaffen würde. Auch anderen Ländern gegenüber könne von einer größeren Anzahl von Unfällen nicht die Rede sein. Der Minister bezeichnet die finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung gegen das Vorjahr als günstige und konstatirt einen sehr erheblichen Fortschritt in der Neuorganisation dieser Verwaltung. Von der Verstaatlichung der Eisenbahnen, die wiederum in diesem Hause Anfeindungen erfahren habe, erwartet der Minister auch ferner die günstigsten Ergebnisse für den Staat und spricht die Hoffnung aus, daß die Nachwelt gerechter sein und anerkennen werde, daß sie eine Maßregel zum Segen des Landes gewesen ist.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag $11^{1}/_{2}$ Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Deutschland.

Koblenz, 13. November. Der kommandirende General des 8. Armeekorps, v. Goeben, ist heute Abend gestorben.

Mit dem Tode dieses tapferen Heerführers, der kaum das 70. Lebensjahr erreichte (geb. 10. Dezember 1810), verliert das Vaterland einen seiner treuesten Söhne. Obgleich zu Stade in Hannover geboren, war er doch 1833 in preußische Militärdienste getreten und zwar als einfacher Musketier. Er trug gewissermaßen den Marschallsstab in seinem Tornister. Thatendurstig wie er war, litt es ihn nicht lange bei dem Friedens-Gamaschendienst jener Tage, und schon 1836 begab er sich nach Spanien, um in das Heer des Prätendenten Don Carlos als Freiwilliger einzutreten. Wenn er es auch dort nach mannigfachen Wechselfällen bis zum Oberstlieutenant brachte, so kehrte er doch 1842 nach der Heimath zurück, um als — Sekondelieutenant wieder in die preußische Armee einzutreten. Von da an galt er als einer der tüchtigsten unserer jüngeren Offiziere und 1860 sandte man ihn als Oberstlieutenant preußischerseits als Bevollmächtigten ins

[illegible]er des Marschalls O'Donnell, um dessen Feldzug gegen Marokko mitzumachen. Für uns trat er erst 1866 als tüchtiger Stratege in den Vordergrund und seine Ruhmesthaten im Mainfeldzug sind noch in Aller Gedächtniß. Im Jahre 1870 zum Chef des 8. Armeekorps ernannt, konnte er von Spicheren an bis zur Einnahme von St. Quentin seinen Ruhm erneuern und frische Lorbeeren erkämpfen. General Goeben galt für einen der unterrichtetsten Offiziere der Armee und sein zugleich energisches und humanes Wesen machten ihn zum Liebling der Truppen, wie seines kaiserlichen Kriegsherrn. Er hat sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Sein Andenken bleibt unvergessen.

Ausland.

Wien, 14. November. Unter außerordentlich zahlreicher Betheiligung fand heute der allgemeine deutsch-österreichische Parteitag statt. In dem überaus geräumigen Sophiensaal, Kopf an Kopf dicht gedrängt, standen die Theilnehmer, wohl 3000 an der Zahl, darunter zahlreiche Deputirte und einige Herrenhaus-Mitglieder. Viele Straßen der Stadt, besonders in der Umgebung des Versammlungs-Lokales, waren reich beflaggt. Ein zahlreiches Publikum begrüßte auf den Straßen die passirenden Theilnehmer. Von sympathischen Zurufen stürmisch akklamirt, betrat um zehn Uhr Dr. Joseph Kopp die Tribüne, um den Parteitag zu begrüßen. Er erklärte, die Einberufung des Parteitages könne jetzt, gerade zur Zeit, wo das Parlament vor der Wiedereröffnung stehe, vielleicht überflüssig erscheinen, da nun den Vertretern des Volkes die Tribüne des Parlaments zur Verfügung stehe. Es solle aber heute gezeigt werden, daß der von den Regierungs-Organen behauptete Gegensatz zwischen den Führern und dem Volke nicht bestehe. „Erklären Sie selbst, meine Herren", rief Dr. Kopp, „ist es wahr, daß die Beunruhigung der deutschen Bevölkerung nur in den Köpfen der Führer existire?" Stürmische Rufe: „Nein, nein!" antworteten. Die Versammlung wählte zum Vorsitzenden Dr. Kopp, zu Vize-Präsidenten den Bürgermeister von Wien, Dr. Newald, dann die Bürgermeister Kinzl aus Graz, Halm aus Innsbruck, Schirmer aus Reichenberg, Engel aus Olmütz, Kießling aus Linz; zu Schriftführern wurden Delegirte aus Czernowitz, Linz, Triest, Böhmen und Mähren erwählt. Dr. Newald richtete hierauf einen Willkommensgruß an die Versammlung. Er sprach leider schlecht. Die stockende Rede machte äußerlich wenig Effekt. In schwungvoller einstündiger Rede begründete sodann Dr. Schmeykal aus Prag den vorgelegten Resolutions-Entwurf, der folgenden Wortlaut hat:

Eine tiefe, stetig wachsende Beunruhigung hat das deutsche Volk in allen Gauen Oesterreichs ergriffen. Die Maßnahmen der jetzigen Regierung und der Einfluß jener Koalition, welche sie mit einer von ihr selbst geschaffenen, dem Deutschthum, der Reichseinheit, den freiheitlichen Verfassungs-Grundlagen feindlichen parlamentarischen Mehrheit geschlossen haben aus einem neuerlichen schweren Kampf um unsere höchsten Güter auferlegt, einen Kampf, der um so beklagenswerther ist, als er zugleich die als eine der wichtigsten Aufgaben anerkannte wirksame Pflege der staats- und volkswirthschaftlichen Interessen, zumal der gewerblichen und landwirthschaftlichen Fragen stört und aufschiebt. In so bedrohlicher Lage ziemt es dem patriotischen Sinne der deutschen Stammesgenossen, sich enger an einander zu schließen und in ernster Erwägung die einigenden Ziele, die gemeinsam zu beschreitenden Wege klar zu stellen. Vor Allem mahnt der IV. deutsch-österreichische Parteitag eindringlichst daran, den oft ausgesprochenen Grundsatz der Zusammengehörigkeit aller Deutschen in Oesterreich zur lebendigen That zu gestalten und dem allenthalben entfesselten nationalen und politischen Ansturme zu begegnen mit geeinter deutscher Kraft. Die staatsnothwendige, das kulturelle Gepräge des österreichischen Staatswesens bestimmende, berufsvolle Stellung des deutschen Stammes, seine nationalen Rechte und Interessen wirksam zu schirmen und zu wahren, erklärt der IV. deutsch-österreichische Parteitag gleichmäßig als Pflicht der nationalen Selbsterhaltung wie als Pflicht der vorbehaltlosen Treue gegen das österreichische Vaterland, festhaltend an dem österreichischen Staatsgedanken und dem die Macht und den Bestand des Staatsganzen verbürgenden Reichsverbande ruft der IV. deutsch-österreichische Parteitag zur entschlossenen Abwehr aller föderalistischen Bestrebungen auf, welche in ihrem Endziele die Zerreißung des die Deutschen in Oesterreich umschließenden grundgesetzlichen Verbandes die Verneinung des Staates selbst bedeuten.

Gegenüber der oft wiederholten Betheuerung des Festhaltens an der Verfassung hält es der IV. deutsch-österreichische Parteitag für Pflichtgebot, auszusprechen, daß er das Wesen einer wahrhaft verfassungstreuen Regierung nicht in der bloßen Befolgung der Verfassungsformen, sondern vielmehr in der rückhaltlosen Bekennung und fortschreitenden Entwicklung des freiheitlichen Geistes der Verfassung und ihrer Institutionen, in einer vom gleichen Geiste getragenen Verwaltung zu erblicken vermöge. Vertrauensvoll erwartet der IV. deutsch-österreichische Parteitag, daß alle freisinnigen Deutsch-Oesterreicher und in erster Reihe ihre Abgeordneten eng geschaart um das gemeinsame Banner des Deutschthums und des österreichischen Staatsgedankens im Einvernehmen mit den verfassungstreuen Mitgliedern des Herrenhauses feste Grundlagen für die Organisirung einträchtigen Vorgehens baldigst gewinnen und zunächst in der gesetzmäßigen Bekämpfung der gegenwärtigen Regierungspolitik ausharren werden mit unerschütterlicher Treue, mit kraftvoller Entschiedenheit.

Die Resolution wurde unter stürmischer Begeisterung einstimmig angenommen. Niemand sprach dagegen. Nach Verlesung überaus zahlreicher Zustimmungserklärungen aus allen Theilen des Reiches, darunter von den Herrenhausmitgliedern Plener, Scharschmidt, ferner von Bauernvereinen andererseits legte Baron Walterskirchen eine Resolution betreffs Unterstützung des deutschen Schulvereines vor. Seine prächtige Rede, die nicht ohne Seitenhiebe auf die Opportunitätsmänner der Verfassungspartei blieb, erregte stürmischen Jubel. Diese Resolution wurde gleichfalls einstimmig genehmigt. Jetzt, um 1/2 1 Uhr, dauert der Parteitag in gehobener und begeisterter Stimmung fort.

(D. Mtgs.-Bl.)

Paris, 12. November. Gestern Abend herrschte infolge der tollen Auftritte in der Kammer große Aufregung in Paris. Die meisten Blätter hatten Extra-Ausgaben veröffentlicht, welche reißend abgingen. Die Republikaner sind empört über das Auftreten der Rechten. Baudry d'Asson ist ein Werkzeug in den Händen der Klerikalen und besonders des Bischofs Freppel. Seine „Freunde" hatten sich, ungefähr vierzig an Zahl, um ihn geschaart und hetzten ihn auf alle mögliche Weise zum Widerstande auf. Als die Quästoren erschienen, wurden sie von der Rechten mit wüthendem Gebrüll empfangen. Baudry rief: „Man muß mich herunterreißen!"; andere riefen: „Holen Sie den General Bilbot (dieser leitete die Blockade des Klosters der Prämonstratenser)! Lassen Sie ein Armeekorps kommen!" Zugleich beschimpfte man die Quästoren auf alle mögliche Weise. Als nun das Militär erschien, um Baudry aus der Mitte seiner Freunde herauszuholen, wurde der Unfug noch schlimmer. Die Soldaten, die mit der Aufgabe betraut waren, traten äußerst rücksichtsvoll auf; denn es war ihnen befohlen worden, keine Hand an die Deputirten zu legen, sondern ruhig vorzugehen, dieselben beiseite zu schieben und Baudry zu ergreifen. Die Soldaten befolgten streng die gegebene Weisung, wurden aber von „Freunden" Baudrys arg mißhandelt. Diese rissen den Soldaten unter wüstem Geheul die Epauletten herunter, schlugen ihnen die Kopfbedeckung vom Kopfe und zerrissen ihnen die Uniform. Und diese Balgerei dauerte eine volle Viertelstunde, ehe sie sich Baudrys bemächtigen konnten, der vor Wuth schäumte, als man ihn aus dem Saale nach dem Kammergefängniß schleppte. Der Oberst Riu wurde ebenfalls beschimpft: die Klerikalen schlugen auf ihn ein, Levert versetzte ihm sogar einen Schlag ins Gesicht. Ehe das Militär im Saal erschien, wurde Befehl ertheilt, die Tribüne zu räumen, weil das Reglement dies vorschreibt. Einige klerikale Journalisten leisteten auch hier Widerstand, wurden aber hinausbefördert. — Der Sieg der Regierung wird heute als ein vollständiger betrachtet; man hofft, daß das Kabinet zum wenigsten bis zum Ende der Session im Amte bleiben wird. Gambetta, der alles aufbot, um Ferry und seine Kollegen zum Bleiben zu bestimmen, will, wie es heißt, „vorderhand" keine neue Krisis. Daß seine Freunde die Reform des Richterstandes zuerst auf die Tagesordnung gesetzt wissen wollen, wird der Befürchtung zugeschrieben, daß, wenn dies nicht geschehen, die Intransigenten und die Kommunards daraus Kapital geschlagen haben würden. Mit Ballue, der am Dienstag eine ganz radikale Tagesordnung aufstellte, war Gambetta keineswegs einverstanden. Clemenceau und seine radikalen Freunde erlitten eine wohlverdiente Niederlage, und so steht vorläufig zu hoffen, daß es ihnen nicht gelingen wird, im Verein mit den Klerikalen und Royalisten Frankreich in neue Gefahren zu stürzen.

Paris, 14. November. (Berl. M.-Bl.) Die Anwesenheit des kronprinzlichen Paares von Dänemark fängt an Aufmerksamkeit zu erregen. Bei dem gestrigen Diner im Elysee hatte der Kronprinz zur Rechten Gambetta, zur Linken Madame Grevy. Leon Say, welcher nicht erschienen war, entschuldigte sich. Später fand ein vertrauliches Gespräch zwischen dem Präsidenten der Kammer und dem Kronprinzen statt, während Grevy in sichtlich auffälliger Weise bei den Damen weilte. Man fängt erst jetzt an, sich daran zu erinnern, daß der Kronprinz der Bruder des Königs Georgios ist.

Die öffentlichen Ankläger Cisseys blasen auf der ganzen Linie zum Rückzuge. Es wird behauptet, daß die vielgenannte Frau von Kaulla den Beweis zu führen vermag, daß Jung Jahre lang Spion in Deutschland gewesen sei und Thiers sich seiner zum Zwecke eines Versuches, die Generale der Kommune Roussel und Dombrowski zu bestechen, bedient habe.

Paris, 13. November. Heute begann in der Kammer die Berathung über die Reform des Richterstandes. Die Regierung ist in allen Hauptpunkten mit dem Kammerausschuß einig. Der Justizminister Cazot wohnte der heutigen Sitzung nicht an, da er den Vorsitz im Konfliktsgerichtshof führen mußte. Die Debatte über diesen Gesetzentwurf wird vor Mittwoch kaum beendet werden.

Der republikanische Verein des Senats wird den Kriegsminister General Farre zum Kandidaten für den durch Brocas Tod erledigten Sitz eines Senators auf Lebenszeit in Vorschlag bringen.

Der ehemalige Konseilspräsident de Freycinet wird nächsten Montag bei Gelegenheit der Interpellation Buffets über die Märzdekrete Erklärungen über seinen Rücktritt geben.

Provinzielles.

Stettin, 15. November. In Hamburg wird am 22. d. Mts. mit einer Seedampfschiffs-Maschinistenprüfung begonnen werden.

— Der „Starg. Ztg." zufolge bot sich dem Besitzer des Gasthofs zur „Silbernen Maräne" ein malerisches Schauspiel dar, das an das Schlachtenbild Uebergang der preußischen Armee nach Alsen en miniature erinnerte. In gleichem Abstand und den Maduesee in seiner ganzen Breite überspannender Linie näherte sich eine Flotille von ca. 30 Fischerbooten, in deren jedem sich ein Jäger befand, von Süden kommend dem nördlichen Ufer des Sees, hier an beiden Flügeln zu einem Halbkreise schwenkend und ein heftiges Flintenfeuer gegen die hier in die Enge getriebenen zahlreichen Wasservögel unterhaltend, welche versuchten, über und unter dem Wasser die Schützenkette zu durchbrechen. Zwei Züge Schwäne entzogen sich leider zu früh den gefährlichen Geschossen und flogen, gleich einer weißen Wolke am Horizont, in der Richtung nach Colbatz davon. Die Strecke ergab 36 Wasservögel mit prächtigem Gefieder, unter welchen eine Anzahl seltener nordischer Gäste sich befand. Die diesjährige Jagd war weniger ergiebig, als die vorjährige, bei welcher zwei wilde Schwäne geschossen wurden und, da sie tiefer in den Winter hinein verlegt war, eine größere Menge hier überwinternder nordischer Wasservögel zur Strecke gebracht wurde.

Wittow, 12. November. Vom 25. Oktober wurde von hier berichtet, daß in der Nähe von Arkona ein Boot gesunken sein solle. Nähere Untersuchungen haben diese Vermuthung in erfreulicher Weise aber dahin berichtigt, daß der für ein Boot gehaltene Gegenstand nur eine Menge zusammengeballten Seetangs gewesen sei, auf welchem sich einige Seevögel wiegten. Bei der wildbewegten See und den obwaltenden Umständen ist eine solche Täuschung wohl erklärlich zu finden.

Vor ca. 14 Tagen strandete unter Kreptitz der Schooner „Carl" aus Ziegenort, welcher mit Ballast beladen auf der Reise von Stege nach Swinemünde begriffen war. Durch das Rettungsboot der Station Dranske wurde die Mannschaft gerettet.

Das in kurzer Entfernung vom Lande liegende Wrack wurde nebst Inventar am 10. d. verkauft. In Rücksicht auf die sehr ungünstige Witterung und die durchweichten Wege hatte sich eine immerhin ansehnliche kauflustige Menge zu der Versteigerung eingefunden. Dem Vernehmen nach ist das Wrack mit 175 M. verkauft.

Glücklicher als der erwähnte Schooner war der mit Stückgut beladene Stettiner Dampfer „Alexander", der auf seiner Reise von Antwerpen nach Stettin vor einigen Tagen an unserer Nordküste strandete und durch sein hellleuchtendes Signalfeuer die in der Nähe Wohnenden erschreckte. Noch bevor die per Draht herbeigerufenen Bergungsdampfer erscheinen konnten, hatte das wachsende Wasser ihn soweit gehoben, daß er flott wurde und unbehindert seine Reise fortsetzen konnte.

Abgesehen von einer wenig bedeutenden Beschädigung der Schraube soll der Dampfer ohne Havarie davon gekommen sein.

Vermischtes.

— (Uebertrumpft) Ein Engländer: „Sie werden kaum glauben, in welch' merkwürdiger Weise ich zu meiner Frau gekommen bin. Ich unternehme einmal eine Spritzfahrt nach Konstantinopel und fahre mit einem Boot dicht bei den Mauern des Serails vorüber. Plötzlich wird ein Fenster geöffnet und ein schwerer Sack fällt unweit meiner Gondel in den Bosporus. Mit Hülfe meines Fährmannes bin ich so glücklich, den Sack herauszufischen. Aber denken Sie sich mein Erstaunen, als wir den Sack öffnen, kommt eine junge Frau zum Vorschein, die, obschon vor Schreck sehr bleich, von wunderbarer Schönheit ist. Sie schildert mir mit einigen überzeugenden Worten und Geberden ihre Unschuld an der Eifersucht des Sultans, der sie zum Tode verurtheilt hätte, so daß sie ihr Leben nur meinem Rettungswerk verdanke. Da ich mich in günstigen Verhältnissen befand und sie ihre gute Abkunft beweisen konnte, nahm ich sie zur Frau. Ist das nicht merkwürdig?!" — Amerikaner: „Das will noch gar nichts sagen gegenüber dem Vorkommniß, welches mich zum glücklichsten aller Sterblichen machte. Ich bade einmal, nur mit einer Schwimmhose bekleidet, im Hudson und habe mich dabei ziemlich weit vom Ufer entfernt, als eines der Häuser in der Nähe des Strandes in Brand geräth. Derweilen ich mich nun beeile, das Ufer, wo meine Kleidungsstücke liegen, zu gewinnen, kommt eine der riesigen neuen Dampffeuerspritzen angerasselt und in meinem blinden Eifer gerathe ich beim Schwimmen dicht an das Saugrohr derselben, welches man bereits in den Fluß geführt hat. Ein plötzlicher Ruck, ein fürchterlicher — Druck, der alle meine Gliedmaßen zu sprengen droht und im nächsten Augenblick fliege ich halb bewußtlos zwei Stock hoch in die brennende Wohnung und in die Arme einer jungen Dame, welche mit schon brennendem Kleide nach Hülfe rufend am Fenster steht. Der Wasserstrahl, der mich in die Höhe schleuderte, löschte die Flammen, aber die Unglückliche verlor vor Ueberraschung und Schreck die Besinnung. Ich hatte noch Geistesgegenwart genug, ihr vorher zuzuflüstern: „Wollen Sie die Meine werden, mein Fräulein?" worauf sie mit erlöschender Stimme antwortete: „Auf ewig!" dann sank sie kraftlos in meine Arme. Als Alles vorüber war, erfuhr ich, daß sie unabhängig und Erbin von zwanzig Millionen Dollars war, die sie bereitwillig nebst ihrer Hand ihrem Retter schenkte. So bin ich zu meiner Frau gekommen."

Literarisches.

Im Verlage von Gebrüder Paetel zu Berlin sind eine Reihe von Romanen erschienen, welche ebenso fesselnd in ihrer Darstellung, wie elegant in der Form und reich an gelungenen Charakterschilderungen sind. Uns liegen folgende Werke vor:

Friedrich Ahl, die Botschafterin. Zwei Bände.

Oetker, Aus dem norddeutschen Bauernleben.

Rudolph Lindau, drei Novellen.

Villamaria, Lang', lang' ist's her!

Das erste Buch versetzt uns an den Hof des Königs von Polen im vorigen Jahrhundert und schildert uns den Sieg der feinen Sitte über die sinnliche Rohheit. Das zweite führt uns ein ins norddeutsche Bauernleben. Das dritte springt von einem Ort der Erde zum andern, führt uns nach Japan, Thüringen, Paris. Das vierte Buch endlich führt uns in die Geheimnisse des Herzens. Selbst erleben, schreibt die Verfasserin, kann man nicht Alles, aber selbst empfunden muß man es haben, wenn es den Lesern zu Herzen gehen soll. In manchen Geschichten rinnt auch wohl ein Tropfen eigenen Herzblutes. [240]

Telegraphische Depeschen.

Posen, 14. November. Freitag Nacht fand in der Gas-Anstalt auf der Zuckerfabrik Wierzchoslawitze (Kreis Inowrazlaw) eine Gasexplosion statt. 1 Mann blieb todt, 2 wurden verwundet. Die Entstehung ist noch unermittelt. Andere Gebäude haben stark gelitten.

Agram, 13. November. Seit gestern sind irgendwelche Erderschütterungen nicht mehr vorgekommen; die Beruhigung ist allgemein zurückgekehrt. Das von dem Gemeinderath gewählte Unterstützungs-Komitee hat sich konstituirt und eine Aufforderung an die Geschädigten erlassen, sich zu melden.

Die „Agramer Zeitung" ist zu der Erklärung ermächtigt, daß das Generalkommando keineswegs zu übersiedeln beabsichtige.

Paris, 13. November. Bei Beginn der Sitzung wurde heute eine Wiederholung der neulichen Szenen befürchtet, da Baudry d'Asson sich in der Umgebung des Palais Bourbon zeigte und Briefe auf dem Postbureau des letzteren abholte. Derselbe unterließ jedoch auf den Rath seiner Freunde jeden Versuch, in den Sitzungssaal einzudringen. Die von Mitgliedern der Rechten gemachten Bemerkungen über die unbefugte Anwendung des Reglements gaben Gambetta Anlaß zu sehr scharfen tadelnden Erwiderungen über diejenigen Deputirten, welche Baudry d'Asson in seiner Rebellion unterstützt hätten. Die Extremen nahmen übrigens hierin Partei mit der Rechten gegen Gambetta und dessen als diktatorisch und die parlamentarische Unverletzlichkeit mißachtend bezeichnetes Vorgehen. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß Gambetta zwar mit schärfster, aber doch korrektester Energie verfuhr.

Der Ministerrath hat beschlossen, die Forderung Laisants an den Präsidenten Grevy, auf Erhebung einer Anklage gegen den General Cissey vor dem Senat, abschlägig zu bescheiden, da dies Sache der Kammer sei.

Betreffs der Interpellation Buffets im Senat über die Ausführung der Dekrete, welche am nächsten Montag stattfindet, wird stürmischen Angriffen [illegible] Auftritten entgegengesehen.

Die Radikalen setzen in ihrer Presse die von Clemenceau in der letzten Sitzung der Kammer begonnenen Angriffe gegen den Marineminister in heftigster Weise fort.

London, 14. November. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Teheran von gestern gemeldet:

Die persischen Truppen haben die Stadt Soojbulagh am 10. d. eingenommen. In der Umgegend der Stadt liegen gegen 2000 unbeerdigte Leichen. Der Kurdenhäuptling Scheikh Obeidullah hat mit seinen Truppen etwa 12 Meilen von Urumiah entfernt ein verschanztes Lager bezogen. Gerüchtweise verlautet, daß sein Sohn Saddeck schwer verwundet sei. In Urumiah herrscht großer Mangel an Lebensmitteln. Die Nachricht, daß der bisherige Oberbefehlshaber der persischen Truppen, Hsolimet Dowlah, gestorben ist, bestätigt sich. General Sypah Salar ist heute nach Tabriz abgereist, um den Oberbefehl über die persischen Truppen zu übernehmen.

London, 14 November. Bei einer gestern in Bristol stattgehabten Festlichkeit hielt Northcote eine Rede, in welcher er erklärte, im Berliner Vertrage an sich sei nichts von einer Abtretung Dulcignos, noch von dem in diesem Sommer beschlossenen Arrangement betreffs Griechenlands enthalten; er mißbillige alle Zwangsmaßregeln, obwohl er wünsche, daß die Pforte ihre Verpflichtungen erfülle. Die Flottendemonstration sowie die versuchte Herstellung des europäischen Konzerts sei ein Mißerfolg; England wolle keinen Krieg für Griechenland. Redner spricht sich tadelnd über die in Bezug auf Irland befolgte Politik aus und glaubt, daß sowohl Whigs wie Tories — letztere unter allen Umständen — Gegner des Radikalismus seien.

Petersburg, 14. November. Der Rücktritt des Finanzministers Greigh, sowie die Ernennung des Wirkl. Geh. Raths v. Abaza an Stelle desselben wird heute amtlich publizirt.

Athen, 14. November. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer erschien der Ministerpräsident Kumunduros mit den von Tricoupis verlangten diplomatischen Aktenstücken. Letzterer verzichtete auf die Veröffentlichung derselben, welche den Interessen Griechenlands nachtheilig sein könnte, erklärte aber, daß er nicht ohne Beweise angeklagt werden wolle. Kumunduros erwiderte darauf, er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Tricoupis s. Z. als Ministerpräsident eigenmächtig gehandelt habe, indem er die Armee mobilisirt und die Kammer einberufen habe. Die internationalen Beziehungen hätten solche Maßregeln nicht gerechtfertigt. Der Redner schloß mit der Erklärung, daß er die verlangte öffentliche Vorlegung der Aktenstücke nicht ausführen werde. Die Kammer erklärte sich hiermit einverstanden.